

Wichtigkeit einer bundesweiten Kastrationspflicht für Freigängerkatzen

Das Problem

Das Leid der schätzungsweise mehreren Millionen Straßenkatzen hat sich zu einem der größten unbemerkten Tierschutzprobleme in Deutschland entwickelt. Tierschutzvereine und Tierheime kommen an ihre Grenzen und können das Katzenelend nicht allein bewältigen. Unkastrierte Freigängerkatzen aus Privathaushalten sind maßgebliche Treiber dieses Problems.

Entwicklung der Population an Straßenkatzen

- 2024 berichten 71% der Tierschutzvereine von steigenden Straßenkatzenpopulationen (2022 waren es noch 53 %).*
- Insgesamt ist die Situation für 78% der Tierschutzvereine ein Problem.*

Katzenschwemmen und Ausnahmestopps

- 81% der Tierschutzvereine hatten in den letzten 12 Monaten eine stärkere Anfrage für die Aufnahme von Katzen.*
- 97 % der örtlichen Tierschutzvereine kommen bei der wachsenden Aufnahme von Katzen an ihre Kapazitätsgrenzen.* Sie sind überbelegt oder komplett ausgelastet.
- 72% der Tierschutzvereine mussten in den letzten 12 Monaten (viel) mehr Kitten aufnehmen als im Jahr zuvor.*

Überlebenschancen von Straßenkitten

- 99 % der Straßenkätzchen sind krank.*
- Lediglich 17 % der befragten Tierschutzvereine geben an, dass sie in der Regel davon ausgehen, den ganzen Wurf gerettet zu haben.*

Katzenbesitzer

- Es gibt in Deutschland schätzungsweise 1,57 Millionen unkastrierte Katzen.*
- Unkastrierte Freigängerkatzen aus Privathaushalten spielen eine maßgebliche Rolle bei der Entwicklung von Straßenkatzenpopulationen.

Finanzielle Belastung

- Tierheime und Tierschutzvereine führen oft auf eigene Kosten Kastrationsaktionen bei freilebenden Katzen durch, lassen sie bei Bedarf tiermedizinisch versorgen und betreuen sie an Futterstellen weiter.
- Von Ländern, Städten oder Kommunen evtl. bereitgestellte Fördergelder reichen bei Weitem nicht aus.

Bisherige Maßnahmen unzureichend

- Gemäß §13b TierSchG können Katzenschutzverordnungen nur für definierte Gebiete erlassen werden. Außer Acht gelassen wird dabei der sog. „Vakuum-Effekt“: nimmt in einem Gebiet die Anzahl an frei lebenden Katzen ab, wandern neue Katzen aus anderen Gebieten ein. Regional begrenzte Kastrationspflichten und -maßnahmen können daher nicht effektiv wirken.
- Grundsätzlich unklarer Status frei lebender Katzen und damit verbunden unklare Zuständigkeit für frei lebende Katzen (Veterinärämter? Ordnungsbehörden?)
- Uneinheitliche Definition des Halterbegriffes und dadurch z.B. unklarer Umgang mit Katzen auf landwirtschaftlichen Betrieben („Bauernhofkatzen“)

Die Lösung

Einführung einer bundesweiten Kastrationspflicht für Freigängerkatzen.

Paragraf 13b TierSchG ist in seiner jetzigen Form weder wirkungsvoll noch effizient und darum besteht dringend Handlungsbedarf. So muss die Kastrationspflicht für Freigängerkatzen im Tierschutzgesetz verankert werden und daher schlagen wir eine Neuformulierung des Paragrafen 13b vor.

Vorschlag für Gesetzestext: www.jetzt-katzen-helfen.de/tierschutzgesetz-details

Dieses Gutachten bestätigt Machbarkeit.

Vorteile einer bundesweiten Kastrationspflicht

Kostenersparnis

Eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen wäre nicht mit wesentlichen finanziellen und personellen Aufwänden verbunden. Im Gegenteil: Mittel- und langfristig entlastet eine solche Pflicht Kommunen, Tierschutzvereine und Tierheime finanziell.

1) Die Kosten für die verpflichtende Kastration trägt der Katzenbesitzer.

2) Fördergelder können erst nach der Einführung einer flächendeckenden Kastrationspflicht effektiv wirken

Einige Bundesländer und auch Städte und Kommunen stellen Fördergelder für die Kastration von Straßenkatzen zur Verfügung. Sie tun dies sicherlich in guter Absicht berücksichtigen jedoch nicht, dass diese nicht effektiv wirken können, solange unkastrierte Freigängerkatzen sich weiterhin am Wachstum der Straßenkatzenpopulationen beteiligen können. Bereitgestellte Fördergelder für die Kastration von Straßenkatzen können nur dann nachhaltig und effektiv wirken, wenn die Kastrationsaktionen regelmäßig und flächendeckend durchgeführt werden können und ebenso flächendeckende

Kastrationspflichten für Freigängerkatzen aus Privathaushalten aufgestellt werden. Nur durch diese zwei Ansätze kann es zu einer langfristigen Lösung kommen.

3) Bürokratieabbau/Reduktion Verwaltungsaufwand

- **Kommunen müssen keine eigenen Verordnungen ausarbeiten**

- In 10 Jahren haben nur 13 % eine Pflicht eingeführt.*
- Die befragten Tierschutzvereine haben durchschnittlich **3 Jahre** für eine Kastrationspflicht in ihrer Gemeinde gekämpft, bis sie erlassen wurde.*
- Die **Mehrheit der Vereine bestätigt, dass es sehr große Hürden** bei der Einführung gab: Mehr als die Hälfte (55 %) gab an, dass viele Gespräche und große Überzeugungsarbeit nötig waren. 45 % beurteilen den Prozess als insgesamt langwierig. Fast ein Viertel (24 %) gab an, dass der bürokratische Aufwand hoch sei und knapp 20 % gaben an, dass die Behörde nicht für Argumente offen war. Lediglich 12 % der befragten Tierschutzvereine hatten keinerlei Probleme, ihre Gemeinde zur Kastrationspflicht zu bewegen.*
- Aktuell setzen sich parallel 77 % der Tierschutzvereine aktiv für eine regionale Kastrationspflicht ein.*

4) Langfristig werden weniger Kastrationsaktionen nötig sein

Zahl der kastrierten und registrierten Freigänger wird zunehmen > Freigänger werden sich seltener mit Straßenkatzen paaren > Population der Straßenkatzen sinkt > weniger Kastrationsaktionen notwendig.*

5) Keine Kontrollen nötig

Hinweise zu Verstößen gegen die Kastrationspflicht kommen aus der Bevölkerung und von den Tierschutzvereinen und Tierheimen. Letztere hätten eine rechtliche Befugnis, die Verstöße den Behörden zu melden. Proaktive, mit zusätzlichem personellem Aufwand verbundene Kontrollen wären seitens der zuständigen Behörden nicht notwendig.

6) Weniger Fundtiere und damit weniger Fundkosten

Die Kastrationspflicht verhindert unerwünschten Katzennachwuchs, der ausgesetzt oder im Tierheim abgegeben wird, was ebenfalls zu einer langfristigen Kostenersparnis führt.

7) Vorteil von Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht

Durch eine an die Kastrationspflicht gekoppelte Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht wird die Durchsetzung der Kastrationspflicht dem Halter gegenüber vereinfacht. Gekennzeichnete und registrierte Fundkatzen können schneller an ihre Halter rückvermittelt werden. Das führt zu einer Entlastung der Tierheime und Kommunen. Alle angefallenen Kosten sind vom Halter zu übernehmen.

Weitere Vorteile

- Der Gesundheitszustand von Straßenkatzen verbessert sich.
- Die Populationen von Straßenkatzen werden weniger.
- Überbelastung und Aufnahmestopps von Tierheimen werden verhindert.
- Es bringt Tierschutzvereinen eine Handlungssicherheit, wenn sie im Auftrag der zuständigen Behörde aufgegriffene unkastrierte und nicht registrierte Katzen kastrieren lassen. Die Prozessschritte verkürzen sich
- Einführung führt zu großem Medienecho > Katzenbesitzer wissen, dass sie alle betroffen sind > Katzenbesitzer können einfacher und effektiver über ihre Rechten und Pflichten aufgeklärt werden > pflichtbewusste Katzenbesitzer werden der Forderung nachkommen.

Zuspruch von Tierschutzvereine, Katzenbesitzer und Tierärzten für bundesweite Kastrationspflicht (mit Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht)

- 91 % der befragten Tierschutzvereine eine solche Regelung als die geeignetste Maßnahme an.*
- 94 % der Vereine davon aus, dass eine solche Regelung einen entlastenden Effekt auf ihre Arbeit haben wird.*
- Die Mehrheit (62 %) der Katzenbesitzer befürwortet eine generelle Kastrationspflicht.*
- Die deutliche Mehrheit (92 %) der befragten Tierärzte, die bereits mit uns in Kontakt stehen, geht davon aus, dass eine solche Regelung die Population der Straßenkatzen mindert als auch ihre Situation verbessert.**
- Die Mehrheit der befragten Tierärzte (70 %), die bereits mit uns in Kontakt stehen, geht davon aus, dass eine solche Regelung auch ihren Praxisalltag erleichtert.**

Parteiübergreifende politische Initiativen für eine Kastrationspflicht

- Gerade erst hat Schleswig-Holstein unter Minister Schwarz (CDU) eine [Katzenschutz-VO](#) mit einer Kastrationspflicht für Freigängerkatzen eingeführt, unterstützt wurde dies auch vom Jagdverband S.-H.

Weitere Infos

[Politische Broschüre](#) zur Wichtigkeit der Kastrationspflicht

Quellen

*[Der große Katzenschutzreport inkl. Ergänzungspapier 2024](#)

**Umfrage bei uns bekannten Tierärzten 20024/25 (Ergebnisse wurden noch nicht veröffentlicht)